



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Obersalzberg: Zuständigkeit des IfZ erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sicherzustellen,

- dass die fachliche Zuständigkeit für die Besucherführungen am Dokumentationszentrum Obersalzberg beim Institut für Zeitgeschichte (IfZ) verbleibt. Den Rundgangsleitenden sollen analog dem Beispiel der Schlösser- und Seeverwaltung sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Die Entlohnung soll nach TV-L erfolgen;
- dass die Berchtesgadener Landesstiftung sich angemessen an den Kosten des Besucherdienstes und der Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen beteiligt.

Begründung:

Im Oktober letzten Jahres sprach das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) den 22 Rundgangsleitenden des NS-Dokumentationszentrums Obersalzberg wegen des Verdachts auf Scheinselbständigkeit die Kündigung aus. Seither versucht die Berchtesgadener Landesstiftung, den Besucherdienst an sich zu ziehen. Nach den Plänen der Landesstiftung, die der Vorsitzende des Stiftungsrats, Landrat Georg Grabner in einem Pressegespräch Anfang April vorstellte, sollen die Rundgangsleitenden als freie Mitarbeiter der Stiftung beschäftigt werden. Dabei ist das vorgeschlagene neue Organisationskonzept der Stiftung rechtlich problematisch: Sollten die fünf noch klagenden Rundgangsleitenden vor Gericht Erfolg haben und die Scheinselbständigkeit bestätigt werden, was Grabner nicht ausschließen wollte, wäre das Stiftungskonzept hinfällig. Dieser „worst case“ käme die Stiftung nach eigenen Aussagen teuer zu stehen.

Fachlich ist das Vorhaben u.E. ein nicht zu verantwortender Rückschritt. Der Übergang der „Führungs- und Leitungsfunktion“ vom IfZ, das in Zukunft dann lediglich für die Inhalte der Ausstellung in der Dokumentation zuständig wäre, auf die Landesstiftung bedeutet eine Verschlechterung der Qualität der Besucherführungen. Die von Grabner angekündigte Reduzierung des Personals wird zu einer Verkürzung der Dauer der Führungen führen, der ebenso vorgesehene Wegfall der verpflichtenden Dienstbesprechungen und Fortbildungen zu einer inhaltlichen Verflachung der Führungen. In Hinblick auf die jährlich steigenden Besucherzahlen und die beschlossene Neukonzipierung der Ausstellung, die die Rundgangsleitenden zu intensiver Weiterbildung zwingen wird, wären gegenteilige Maßnahmen dringend geboten.

Die Landesstiftung wäre wegen ihrer finanziellen Interessen an einem möglichst hohen Vergabevolumen in einem beständigen Interessenskonflikt zu Lasten von Qualität und historisch-kritischer Dokumentation. Schon bisher ist die Berchtesgadener Landesstiftung erkennbar überfordert mit einer sach- und fachgerechten Präsentation der Lokalgeschichte. Sie ist in ihrem jetzigen Verantwortungsbereich durch Insensibilität im Umgang mit dem Täterort Obersalzberg und die Trädierung höchst fragwürdiger Images aufgefallen. Noch immer hat sie aus finanziellen Erwägungen am Kehlsteinhaus den Vertrieb von Propagandabildern aus der Zeit des NS-Regimes und von zweifelhaften Publikationen nicht untersagt.